

Andrea Geier

Nicht stören!? Über die Kritik an Identitätspolitik und postmodernen Theorien

2018

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18712>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geier, Andrea: Nicht stören!? Über die Kritik an Identitätspolitik und postmodernen Theorien. In: *ZMK Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung*. Alternative Fakten, Jg. 9 (2018), Nr. 2, S. 89–96. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18712>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Non Commercial - Share Alike 3.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

Nicht stören!?

Über Kritik an Identitätspolitik und postmodernen Theorien

Andrea Geier

lichtung
manche meinen
lechts und rinks
kann man nicht
velwechsern.
werch ein illtum!

Ernst Jandl

ES IST NICHT ZU LEUGNEN: Identitätspolitik hat eine schlechte Presse. Spätestens mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA stehen liberale Politikkonzepte, zu deren Grundsätzen die aktive Unterstützung von Minderheiten und die Anerkennung von Vielfalt gehören, im Verdacht, den zunehmenden Erfolg von rechtspopulistischen Kräften ermöglicht zu haben. Durch falsche politische Prioritäten hätten die Demokraten die Interessen und Werte der Mehrheit der US-Wähler*innen ignoriert: »In recent years American liberalism has slipped into a kind of moral panic about racial, gender and sexual identity that has distorted liberalism's message and prevented it from becoming a unifying force capable of governing«, schrieb beispielsweise der US-amerikanische Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Mark Lilla 2016 in einem viel beachteten Artikel in der *New York Times*.¹ Die aus dieser Diagnose abgeleitete Forderung »the age of identity liberalism must be brought to an end« hat auch in Deutschland einige Anhänger*innen. Wer eine monokausale, eher schlicht anmutende Erklärung für die Wahl-Erfolge der AfD sucht, zeigt mit dem Finger auf eine diversitätsorientierte Politik.

Damit schließt sich scheinbar ein Kreis. Denn obwohl weite Teile dieser Kritik für sich in Anspruch nehmen, die »wahre« Idee einer liberalen Gesellschaft gegen eine (drohende) Radikalisierung zu verteidigen, klingt sie irritierenderweise ge-

¹ Hillary Clintons »rhetoric of diversity, calling out explicitly to African-American, Latino, L.G.B.T. and women voters at every stop« sei ein zentraler Wahlkampffehler gewesen. Dass hier Frauen als »Minderheit« betrachtet werden, ist eines von vielen offensichtlichen Problemen dieser Diagnose. Zu finden bei: Mark Lilla: The End of Identity Liberalism, in: The New York Times (18. 11. 2016).

nauso wie die pauschale Kritik von Rechtspopulist*innen. Diese werben um Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft, welche sich ihrer Ansicht nach als Verliererin ›linker‹ Identitätspolitik erkennen soll.

Es sollte selbstverständlich sein, dass ein an liberalen Werten orientiertes Milieu weiterhin für die Gleichberechtigung aller Bürger*innen eintritt. Das bedeutet erstens, weiterhin konkrete politische Antidiskriminierungs- und Empowerment-Strategien zu bejahen, mit denen gleiche Partizipationschancen erreicht werden sollen. Zweitens, dem Narrativ der ›falschen Priorität‹ zu widersprechen: Die Forderung, die soziale Frage stärker zu berücksichtigen, lässt die Erkenntnis vermissen, dass soziale Fragen vielfältig verbunden sind mit ethnischer Herkunft, Geschlechterordnungen, Religionszugehörigkeit und allen weiteren Faktoren, die man unter dem Schlagwort Diversität versammeln kann. Drittens, die im öffentlich-medialen Streit kursierenden falschen Darstellungen von Identitätspolitik zu korrigieren. Genau dies geschieht jedoch kaum. Wie ist das zu erklären?

Manchen mag eine empathische Betonung von Identität suspekt erscheinen, seit Rechtspopulist*innen in Europa mit nationalistischen Identitätskonzepten Erfolge feiern. Andere Kritiker*innen mahnen, jede Identitätspolitik habe dieselben Probleme: Es sei eine essentialisierende und ideologisch-fundamentalistische Tendenz zu beobachten, die das liberale Projekt im Kern beschädigt habe. Der ›1968‹ begonnene Kampf um die Anerkennung vielfältigerer Lebensstile sei aus den Augen verloren worden. Statt um Gleichberechtigung und Überwindung von Differenz würden vor allem Kämpfe um die Anerkennung von Identitäten geführt. Insbesondere in Kunst und Kultur(politik)² versuchten Minderheiten, mittels ›Political Correctness‹ die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen von angemessener Repräsentation und Gedächtnispolitik umzugestalten. Das Bemühen um eine diskriminierungsfreie Sprache als ›Zensur‹ und ›Blockwartmentalität‹ zu diskreditieren, ist aber nun weder hilfreich für die Debattenkultur noch für die Lösung des tatsächlichen Problems. Die Meinungsfreiheit ist gerade nicht in Gefahr, wenn Kritik geübt wird, sondern sie wird ausgeübt. Und wer die Berichterstattung über einzelne scheinbar spektakuläre Fälle verfolgt, wird beobachten, dass sowohl Kritik als auch Reaktionen auf Kritik weiterhin einem andauernden Aushandlungsprozess unterliegen.

Es ist gleichwohl ein Alarmsignal, wenn ganz unterschiedliche politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen darin übereinstimmen, dass Identitätspolitik heute ein Problem sei. Die Begründungen der Kritik mögen verschieden sein: Wo die einen Strukturähnlichkeiten sehen, bedauern andere den Verfall eines

² Exemplarisch aus dem Chor dieser Stimmen: Tina Uebel: Der große Verlust. Wie die politische Korrektheit meine Arbeit als freie Schriftstellerin einschränkt, in: Die Zeit Nr. 25/2018 (14. 6. 2018).

ursprünglich fortschrittlichen Konzepts. Im Ergebnis ergibt sich nolens volens eine fatale Wahlverwandtschaft zwischen Positionen, die sich im Hinblick auf ihre Menschenbilder als auch ihre Vorstellungen von Gesellschaft (Diversität und gelebte Vielfalt vs. Nationalismus) weiterhin deutlich unterscheiden. Aber ist die Tatsache, dass rechte Identitätspolitik politische Erfolge verzeichnen kann, tatsächlich ein Indiz dafür, dass jede Identitätspolitik problematisch ist? Und betrifft dies auch die postmodernen Theorien als legitimierende Grundlage für emanzipative Politikkonzepte? Denn diese werden gegenwärtig ebenfalls nicht nur gesellschaftspolitisch-strategisch und mit offensichtlich diffamierenden Absichten in Frage gestellt. Es melden sich gerade auch Akteur*innen zu Wort, die sich ernsthaft Gedanken um die gesellschaftliche Position von Minderheiten und die Zukunft eines emanzipativen politischen Aktivismus machen. Was ist eigentlich passiert, wenn, wie Dirk Ludigs schreibt, Theoriedebatten innerhalb von LGBTIQ*-Communities als fruchtlos bis kontraproduktiv empfunden werden – obwohl queerer Aktivismus in der Vergangenheit eine enge Verbindung mit akademischen Diskursen eingegangen ist? Sind Forderungen nach diskriminierungsfreier Sprache oder kritische Einsprüche gegen Cultural-Appropriation-Praktiken, zwei besonders häufig als Zumutungen gegenwärtiger Identitätspolitik genannte Aspekte, wirklich neuralgische, bislang nicht erkannte Probleme postmoderner Theorien zu Identität und Differenz? Auf welcher Ebene liegt das Problem, der politischen Praxis oder der postmodernen Konzepte, mit denen sie begründet werden?

Wir leben in einer mit Differenzen obsessiv beschäftigten Gesellschaft. Dies ist aber nicht denen zuzuschreiben, die auf die Effekte dieses Differenzdenkens hinweisen, sondern einer Gesellschaft, die sich blind stellt gegenüber ihrer eigenen Obsession. Diese Gemengelage genauer zu betrachten, ist mir als Bürgerin und als Wissenschaftlerin ein Anliegen. Als Bürgerin beobachte ich besorgt einen zunehmend alarmistischen und apokalyptischen Ton in der Auseinandersetzung über das Funktionieren der Demokratie und die Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft. Als kulturwissenschaftlich arbeitende Literaturwissenschaftlerin befasse ich mich mit historischen wie auch theoretischen Debatten über Konzepte von Kultur, Identität und Differenz. Das Anregungspotential poststrukturalistischer, dekonstruktiver Theorieansätze für das Nachdenken über Interdependenzen von ›Geschlecht‹, ›Ethnizität‹ und ›Klasse‹ steht für mich außer Frage. Konkurrierende Theorieströmungen und innerfeministische Debatten über Konzepte von Emanzipation führen deutlich vor Augen, warum es keine Analyse des Zusammenhangs von Körperlichkeit, Sexualitäten, Geschlechtsidentitäten und Geschlechterrollen mehr geben kann, die ohne intersektionale Perspektive auskommt. Das fruchtbarste Ergebnis der Theorieentwicklungen der letzten Jahrzehnte ist ja, dass wir uns davon verabschiedet haben, Subjektpositionen innerhalb binärer Denkmodelle zu betrachten – Männer vs. Frauen, Heterosexualität vs. Homosexualität –, und

verstanden haben, dass sie durch komplexe Machtkonstellationen geformt werden: komplex deshalb, weil sich Privilegierung und Diskriminierung auch für einzelne Subjekte jeweils nur konkret in Bezug auf Verschränkungen von klassen- und geschlechtsspezifischen, sexuellen und ethnischen Kategorisierungen bestimmen lassen. Das fordert immer wieder aufs Neue die Frage heraus, ob und inwiefern sich die Komplexität dieser theoretischen Perspektiven, die zum Ziel haben, Machtverhältnisse, subjektkonstitutive, grob: lebenspraktische Aspekte in verschiedensten Dimensionen beschreibbar zu machen, eigentlich zu dieser Lebenspraxis verhält und wie sie politisch wirksam werden können.³

Erstaunt beobachte ich seit einiger Zeit, dass öffentlich geführte Diskussionen über den (Un-)Wert von Identitätspolitik begleitet werden von Positionsbestimmungen, die akademisch-theoretisch orientiert sind bzw. das Verhältnis zwischen emanzipatorischen Bewegungen und Theoriedebatten befragen. Sie sind Teil einer Wissenschaftskommunikation, die vor den Augen einer breiteren Öffentlichkeit und für diese über die Bedeutung und Leistung zumeist als postmodern etikettierter Theorien und deren Effekte urteilt. Eine populär gewordene Krisendiagnose lautet: Die Konzepte Identität und Differenz, die im politischen Raum seit einiger Zeit problematische Wirkungen entfalteten, verdankten ihre Karriere postmodernen Theorien, und diese schlugen nun gegen sie selbst zurück. So behauptete kürzlich René Scheu, dass »Jacques Derrida 1968 einen Begriff prägte, der rechts Karriere machen sollte.«⁴ Diese Genealogie fußt auf der Unterstellung, es gebe eine Linie von Derridas »différance« zu einem ethnisch-kulturellen Differenz-Denken und, noch weitergehend, zu einem »Differenzkult«. Die offensiv vorgetragene Schuldzuweisung lautet: »Wer die Identität schwächt, stärkt die Identitären – auch das ist »différance«. Aus Befreiung wird Einkerkerung, aus der Verflüssigung Verfestigung.« Eine solch drastische Fehlinterpretation ist zwar eher die Ausnahme, aber die Stoßrichtung bezüglich genealogischer Neuerzählungen poststrukturalistischer Theorien und ihrer angeblich fatalen Wirkungen ist durchaus typisch: Stillstellung statt Dynamisierung, Verfestigung statt Durchlässigkeit. Solche Argumentationen leisten einer schlichten Gleichsetzung von linker und

³ In diesem Sinne sind auch grundlegende Begriffe wie Emanzipation in der Diskussion. Siehe die internationale Tagung *Emanzipation* (25.-27. Mai 2018), organisiert von Prof. Dr. Sabine Hark (TU Berlin), Prof. Dr. Rahel Jaeggi (HU Berlin), Dr. des. Kristina Lepold (Goethe-Universität Frankfurt am Main) und Dr. Thomas Seibert (medico international e.V.) in Kooperation mit medico international e.V.

⁴ René Scheu: Das Spiel der Differenzen. Wie Jacques Derrida 1968 einen Begriff prägte, der rechts Karriere machen sollte, in: *Neue Zürcher Zeitung* (18. 7. 2018). Eher noch als kritischer Denkanstoß lesbar, der allerdings ebenfalls eine »Verwandtschaft« zwischen Denkfiguren der Identitären und Poststrukturalist*innen behauptet: Albrecht Koschorke: Die akademische Linke hat sich selbst dekonstruiert. Es ist Zeit, die Begriffe neu zu justieren, in: *Neue Zürcher Zeitung* (18. 4. 2018).

rechter Identitätspolitik Vorschub. Eine andere, ebenfalls auf Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften zielende Variante dieser Diagnose betrifft spezifischer akademisch interessierte linke Diskurse: So argumentiert etwa Dirk Ludigs, dass Theoriedebatten irrelevant geworden seien für die Weiterentwicklung eines politischen queeren und feministischen Aktivismus. Sie gingen »spurlos an all jenen vorbei, zu deren Verbesserung der Verhältnisse sie angeblich geführt werden« (S. 79). Gezielt wird hier auf intersektionale Ansätze: Sie werden als eine Verkomplizierung wahrgenommen, mit denen eine notwendige Veränderungsdynamik gewissermaßen ausgebremst werde. Die niederschmetternde Empfehlung lautet daher, dass sich emanzipatorische Bewegungen besser insgesamt von einem sogenannten »Stellungskrieg der Kulturtheorien« (ebd.) fernhielten. Hier steht nicht weniger auf dem Spiel als die Bündnisfähigkeit zwischen universitären Diskursen, die sich dem kritischen Denken verpflichtet sehen, und queerem Aktivismus. Mir steht es nun weder zu, den status quo der queeren Bewegung zu beschreiben, noch gar konkrete (Handlungs-)Empfehlungen für die Zukunft zu geben. Ebenso wenig kann ich in diesem Rahmen einzelne Theoriensätze genauer darstellen. Stattdessen möchte ich im Anschluss an meine Debattendiagnose eine andere Lesart der Identitätspolitik vorschlagen und erläutern, warum ich denke, dass der vermeintlich festgefahrene »Stellungskrieg« der Theorien in dieser Form nicht existiert und auch nicht das eigentliche Problem ist.

Der Umgang mit gruppenspezifischen Kategorisierungen spielt im politischen Diskurs eine zentrale Rolle, und dabei gilt die einfache Formel: »Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe«. Rechtspopulistische und rechtsextreme Konzepte von Identität fordern qua Gruppenzuordnung bestimmte soziale Platzanweisungen für Menschen. Sie leiten aus einem ethnisch begründeten Begriff von nationaler Identität soziale, ökonomische, rechtliche und kulturelle Privilegien, kurz: einen Anspruch auf Hegemonie deutscher, weißer Bürger*innen gegenüber Migrant*innen ab. Sie erklären Angehörige (post-)migrantischer Minderheiten zu »Fremden« und bestreiten damit, dass diese das gleiche Recht auf Zugehörigkeit haben. Ein prominent gewordener Ausdruck hierfür ist der Begriff »Pasdeutsche«, der Weißsein und Deutschsein gleichsetzt und sich aus dem historischen Langzeitphantasma einer ethnisch homogenen deutschen Nation speist. Darüber hinaus reklamieren Rechte, auch ein auf Anerkennung zielendes Verständnis von Differenz zu haben: Aus der Gleichberechtigung aller Menschen wird im rechten politischen Diskurs die »Gleichwertigkeit« von Männern und Frauen. Dies fußt auf der Idee einer »natürlichen« Zweigeschlechtlichkeit und wirkt ausschließend und repressiv, da sowohl die Existenz non-binärer, trans- und intersexueller Menschen negiert als auch Homosexualität als »unnatürlich« behauptet wird.

Umgekehrt ist es keine segregierende, Differenz festschreibende Geste, wenn sich Angehörige von Minderheiten ihrerseits öffentlich sichtbar machen, indem

sie sich kritisch auf genau die Merkmale beziehen, die zu ihrer Ausgrenzung führen. Sie arbeiten mit den Kollektividentitäten und Merkmalen wie Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung, die ihnen von der Dominanzgesellschaft zugeschrieben werden und die deshalb einen wichtigen Teil ihrer lebensweltlichen Erfahrung darstellen. Auch Interventionen in sozialen Medien wie jüngst #mequeer haben zum Ziel, auf die realen, gewaltförmigen Effekte von dichotomischen Denkmustern, Wissensordnungen und sozialen Strukturen aufmerksam zu machen. Das langfristige Ziel ist die Anerkennung von Zugehörigkeit innerhalb einer Gesellschaft, die sich tatsächlich als pluralistisch versteht.

Das Nachdenken über Identitätskonstruktionen ist notwendig und unaufhebbar ambivalent: Machtverhältnisse, die über Stillstellung und Segregation funktionieren, müssen analysiert werden sowie ihre individualpsychologischen, leiblich-materiellen und ökonomischen Effekte beschrieben werden. Die Beschreibung ist aber auch eine Aufforderung zur Veränderung, zur dekonstruktiven Durchquerung. Es sind diese Impulse einer intellektuellen Bewegung, die Texte von Judith Butler oder Gayatri Chakravorty Spivak auszeichnen und weiterhin lesenswert machen: Ihr Potential liegt gerade in einer nicht nachlassenden Dynamik der Kritik. Sie erteilen allen Versuchen eine Absage, Bedeutungen ein für alle Mal festzustellen oder, um im Bild zu bleiben, Identität ein für alle Mal stillzustellen. Sie zielen auf Prozesse der Entgrenzung, des Widerspruchs, auf die Entdeckung unterschwelliger und Subjekten bewusster wie unbewusster Prozesse der Bedeutungskonstitution. Vielleicht ist es hilfreich, in dieser Situation einfach noch einmal an das Schlagwort vom strategischen Essentialismus zu erinnern. Damit ist gemeint, dass homogenisierende Kategorisierungen genutzt werden können, um deren negative Effekte aufzeigen und kritisieren zu können und Maßnahmen dagegen fordern zu können. Dafür braucht es das Bewusstsein, dass es keine einheitlichen Gruppen ›Frauen‹, ›Homosexuelle‹ oder ›Migrant*innen‹ gibt. Dies eröffnet umgekehrt wiederum die Möglichkeit für flexible Bündnisse, wenn sich alle Personen darin einig sind, dass sie zu bestimmten Zwecken exklusiv bestimmte Kategorisierungen in einem ›als ob‹-Modus betonen, um spezifische Formen von Ungleichheit gemeinsam zu bekämpfen. Dass dieses Paradox immer wieder zu Reibungen führt, ist unvermeidlich. Im Bereich der Universität gehört dazu die Einsicht, dass gender- und diversity-orientierte Maßnahmen gleichermaßen wichtig sind, aber durchaus zueinander in Konkurrenz stehen können. Dies ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben: Dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir Dichotomien auflösen und zugleich über Konkurrenzen sprechen: Wie kann man etwa über Sexismus und sexuelle Übergriffe anlässlich von ›Köln‹ sprechen, ohne rassistische Klischees zu bedienen? Der innerfeministische Streit um das Verhältnis von Sexismus- und Rassismus-Kritik bis hin zum Versuch Rechter, eine ›feministische‹ Position für ihren Rassismus zu reklamieren, legte eindrücklich offen, dass

es kein einfaches rhetorisches Konzept gibt, mit dem man der Wirkmächtigkeit von Komplexitätsreduktion im öffentlichen Diskurs begegnen kann.

Wird in Aushandlungsprozessen über Marginalisierung oder Diskriminierung Identität zu einem Argument gemacht, kann dies essentialistisches Denken fördern. Negative Erfahrungen mit Exklusivitätsansprüchen, Rigorismus und Absolutheitsansprüchen dürfen allerdings keine Ausrede dafür sein, sich diesen Aushandlungen einfach nicht mehr zu stellen oder so zu tun, als stünden sich eben immer irgendwie unterschiedliche Auffassungen von Identität gegenüber, die per se nicht vermittelbar wären. Wer eine emanzipative, intersektionale Identitätspolitik als Ticket-Mentalität oder übertriebene Rücksichtnahme diskreditiert oder Sprachmacht gegen Materialität auszuspielen versucht, sichert lediglich Privilegien derer, die unbehelligt bleiben wollen von den Ansprüchen anderer – auch anderer Marginalisierter. Gerade angesichts der Erfolge rechter und rechtspopulistischer Parteien sollten weder Differenzdenken ressentimentgeleitet abgewehrt noch bloß eigene Lebensstile und -entwürfe verteidigt werden. Dass homosexuellenfeindliche Stimmungen derzeit eher noch zunehmen, ist vielmehr ein starkes Argument für Solidarität im Bewusstsein von Verschiedenheit. Der Aufruf zu geeintem Kampf darf daher nicht instrumentalisiert werden, kritische Perspektiven auf bestimmte Repräsentationen von Queerness oder ihrer Gedächtnispolitik pauschal als ›Störfaktoren‹ zu qualifizieren. Eine gemeinsame Position gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bedeutet nicht, dass eine Kritik des ›weißen Feminismus‹ und ›weißer Queerness‹ weniger wichtig wäre. Dass man das eine tun kann und das andere nicht lassen, ist eine Binsenweisheit, die zur Zeit an Zustimmung zu verlieren scheint.

Klagen über sogenannte ›PC-Effekte‹ und das Beharren darauf, dass alle eben nur eine ›Meinung‹ vertreten, verraten nur allzu oft den Wunsch, sich nicht in Frage gestellt zu sehen. Die Anerkennung von Pluralität und unterschiedlichen Erfahrungen innerhalb mehrfacher, miteinander verwobener Differenzkonstruktionen ist Voraussetzung für das Zusammenleben in einer pluralistischen, kosmopolitisch orientierten Gesellschaft. Statt sich Vorwürfe wie »Retribalisierung« (S. 79) um die Ohren zu schlagen und zu behaupten, dass sich ein ursprünglich machtkritischer Diskurs in einen fundamentalistischen Diskurs verwandelt habe, wäre es angezeigt, gemeinsam über Machtverhältnisse in allen sozialen Zusammenhängen und Interaktionen und über den Zustand unserer Debattenkultur nachzudenken. Allen Beteiligten darf abverlangt werden, sich ihrer Sprechsituation und ihres eigenen Erfahrungshorizontes zwischen Privilegierung und Diskriminierung bewusst zu werden. Und sollte sich fragen: Habe ich einen Handlungsspielraum, um an der Marginalisierung bestimmter Positionen und Erfahrungen in spezifischen Kontexten etwas zu ändern? Für die Rückkehr zu den ›Wurzeln‹ des eigenen Aktivismus und ›Freiräume‹ zu plädieren, ist nur einleuchtend, wenn

auch diese Wurzeln kritisch in Bezug auf Teilhabemöglichkeiten und Repräsentationslogiken befragt werden. Andernfalls lassen sich daraus keine überzeugenden Utopiekonzepte ableiten.

Klingt anstrengend, ja nervig? Das dürfte eine geteilte Empfindung sein. Die schlechte Nachricht ist: Es gibt dazu keine Alternative. Statt den Blick also ausschließlich auf (angebliche) Essentialisierungen linker Identitätspolitik zu richten und einmal mehr das Bild des akademischen Elfenbeinturms zu bedienen, gilt es, mit intersektional geschärftem Blick weiter zu diskutieren. Dann gerne auch über Utopien.